

WAHLPROGRAMM

Gemeinsam für mehr Gerechtigkeit

Sozial, ökologisch, wirtschaftlich, demokratisch

Gerechtigkeit muss erkämpft werden. Für uns Sozialistinnen und Sozialisten der Linkspartei.PDS Mecklenburg-Vorpommern ist das klar. Das wollen wir gemeinsam mit Ihnen, liebe Wählerinnen und Wähler, tun!

Mecklenburg-Vorpommern ist ein schönes Land mit einer wunderbaren Natur, mit engagierten und klugen Menschen. Die Vernichtung von Arbeitsplätzen und von wissenschaftlichem Potenzial in der ersten Hälfte der 90er Jahre wirkt sich bis heute negativ aus. Bisherige Maßnahmen der Strukturpolitik zeigen jetzt erste Erfolge. Insbesondere durch den Aufbau von kleinen und mittleren Unternehmen gewinnt die Wirtschaftskraft des Landes langsam an Stärke.

Die entscheidenden Rahmenbedingungen für die Entwicklung unseres Landes werden von der Bundesebene und der Europäischen Union bestimmt. Keine Bundesregierung hat seit 1990 eines der zentralen Probleme der BRD gelöst. Die seit Herbst letzten Jahres regierende große Koalition sorgt für eine weitere Verschärfung. Deutschland bleibt eines der reichsten Länder der Welt – aber mit Massenarbeitslosigkeit, wachsender Armut, Abwanderung aus dem Osten, drastischem Geburtenrückgang. Seine Bevölkerung hat Zukunftsängste, die von den Folgen des dramatischen Sozialabbaus der vergangenen Jahre und den heutigen Ankündigungen weiter genährt werden. Zu diesem Zustand gibt es Alternativen, für Mecklenburg-Vorpommern gibt es Spielräume.

Die Linkspartei.PDS hat eine klare Vorstellung vom Nordosten als einem Land der Zukunftschancen, das sich eigenständig und weltoffen auf seine Stärken besinnt. Wir setzen auf eine nachhaltige soziale, ökologische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung und wollen mehr Gerechtigkeit.

Wir wollen Mecklenburg-Vorpommern als Kultur- und Bildungsland, als Tourismus- und Gesundheitsland, als Land der maritimen Wirtschaft, der Land- und Ernährungswirtschaft mit einer Zukunft im Herzen Europas gestalten.

Wir wollen mit Ihnen in der nächsten Wahlperiode drei zentrale Projekte in Angriff nehmen.

Projekt Jobmotor: Nur als Land mit Existenz sichernden Arbeitsplätzen hat Mecklenburg-Vorpommern eine gute Zukunft. Unser Ziel ist es, regionale Wirtschaftsstrukturen zu schaffen, die als Jobmotore wirken. Sie sollen besonders in der Gesundheitswirtschaft, im Umweltbereich, in der Kultur, im Tourismus, in der maritimen Wirtschaft und bei der Umwandlung militärischer in zivile Strukturen (Konversion) angesiedelt werden. Das heißt für uns, dass erfolgreichen Unternehmen die Erweiterung und Anstellung von Arbeitskräften erleichtert wird. Existenzgründerinnen und –gründer, die weitere Arbeitsplätze schaffen, können zinsgünstige Darlehen bis zu 20.000 € erhalten. Völlig klar ist, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern einen starken öffentlich geförderten Beschäftigungssektor als Jobmotor brauchen.

Projekt lebenslanges Lernen: Bildung ist notwendig für ein würdevolles Leben und ist Voraussetzung für jede Form von Entwicklung. Bildung darf nicht von der sozialen und ethnischen Herkunft oder dem Geschlecht abhängig sein. Unser Bildungssystem soll die einzelnen Stufen der Entwicklung und des Lernens von vorschulischer Bildung bis zur Weiterbildung im Beruf sinnvoll und durchlässig miteinander verbinden. Wir streiten auch in Zukunft für ein längeres gemeinsames Lernen in Kitas und Schulen, die Lern- und Lebensorte sind. Zu einem weltoffenen Land gehört sprachliche Kompetenz. Diese werden wir gezielt fördern. Um die soziale Verantwortung der Schulen und Berufsschulen zu unterstützen, wollen wir an jeder Einrichtung einen oder eine Sozialarbeiter/in beschäftigen.

Projekt Perspektiven für Mensch und Natur: Wir stellen das Signal für die Fahrt des Landes in die Zukunft auf grün. Unser Leitbild ist: Heute so leben, arbeiten und wirtschaften, dass auch zukünftige Generationen über die natürlichen und gesellschaftlichen Grundlagen für ein Leben in Würde verfügen. Umwelt- und Naturschutz schaffen Arbeit und verhindern sie nicht. Wir wollen regionale Wertschöpfungsketten, die z. B. so aussehen können: Naturschutz/Landschaftspflege – landwirtschaftliche Produktion – Veredlung – Vermarktung gesunder Produkte und gesunder Natur – Deckung des nötigen Energiebedarfs durch Einsatz erneuerbarer Energien/nachwachsender Rohstoffe. Dafür brauchen wir eine gezielte Ausbildung des benötigten Nachwuchses. Die Einbeziehung der Wissenschaft auf den Gebieten Lebensmittelqualität und -sicherheit sowie Ökosysteme, Bionik und umweltschonende Technologien ist nötig und möglich.

1.

Mecklenburg-Vorpommern – ein Land mit Arbeit für alle

In kaum einem anderen Bundesland sind ökonomische und beschäftigungswirksame Potenziale und die damit verbundenen positiven sozialen Auswirkungen so eng mit einer intakten Umwelt verknüpft, wie in Mecklenburg-Vorpommern. Von den natürlichen Bedingungen profitieren u. a. die Agrar- und Ernährungswirtschaft, die Holzwirtschaft, die Biotechnologie, die Erzeugung erneuerbarer Energien und Rohstoffe, Umwelttechnologien ebenso wie die maritime Verbundwirtschaft. Gleiches gilt für die Tourismus- und Gesundheitswirtschaft sowie für die personennahen Dienstleistungen. In diesen Bereichen liegen große Chancen für neue Arbeitsplätze mit Existenz sichernden Einkommen.

Die Behauptung, nur bei niedrigen Löhnen kommt der wirtschaftliche Aufschwung, ist auch in Mecklenburg-Vorpommern widerlegt worden. Unser Land ist Niedriglohngbiet, der vermeintliche Aufschwung ist ausgeblieben. Die Abwärtsspirale der Löhne muss beendet werden, denn die Kaufkraft ist inzwischen so gering, dass viele kleine und mittlere Unternehmen, insbesondere die Handwerker, immer weniger Kundinnen und Kunden für ihre Dienstleistungen finden. Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit in Ost und West, für Frauen und Männer. Wir bestehen auf einem gesetzlich fixierten, Existenz sichernden Mindestlohn. Solange es nicht genügend Arbeitsplätze gibt, hat der Staat für eine auskömmliche Grundsicherung zu sorgen. Hartz IV muss weg!

Wir Sozialistinnen und Sozialisten halten an unserem langfristigen Ziel einer Vollbeschäftigung mit Existenz sichernden Löhnen fest. Massenarbeitslosigkeit hat verheerende Rückwirkungen auf die Betroffenen und die Gesellschaft, u. a. Ausgrenzung, Demoralisierung, Vertrauensverlust in Demokratie und Staat und damit verbunden das Erstarken von faschistischem Gedankengut. Wir sind überzeugt, dass wesentlich mehr Menschen in eine Existenz sichernde Arbeit gebracht werden können, wenn Politik ihre Gestaltungsaufgabe tatsächlich wahrnimmt und regulierend eingreift, weil Marktmechanismen keinen gerechten Interessenausgleich schaffen. Wir wollen solche Innovationen in der Wirtschaft und in der Arbeitsmarktpolitik, die ökologische, ökonomische und soziale Belange berücksichtigen. Das heißt für uns:

- jene Technologien und Verfahren zu fördern, die helfen, den Verbrauch natürlicher Ressourcen in der Wirtschaft zu senken,
- die Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien und nachwachsender Rohstoffe – bereits heute ein Markenzeichen für Mecklenburg-Vorpommern – über den öffentlichen Bereich hinaus auch für private Investoren zu fördern.
- Eine angemessene Kapitalausstattung technologieintensiver kleiner und mittlerer Unternehmen zu erreichen,
- die Vergabe von Fördermitteln an Anzahl und Qualität der Arbeits- und Ausbildungsplätze, an den Ausbau von betrieblicher Forschung und Entwicklung zu binden,
- Stärkung der maritimen Verbundwirtschaft, insbesondere des Schiffbaus. Er ist als hoch entwickelte Systemtechnologie das industrielle Rückgrat des Landes,

- Maßnahmen einzuleiten, die den Anteil der Zulieferbetriebe im Land spürbar erhöhen,
- Die Förderung regionaler Wertschöpfungsketten mit überregionaler Vernetzung. Dazu ist eine gezielte Strukturpolitik nötig. Nur so werden einheimische Unternehmen stabilisiert und Ansiedlungen schaffen neue dauerhafte Arbeitsplätze,
- Den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor im ökologischen, kulturellen und sozialen Bereich zu erweitern. Arbeit, die gesellschaftlich notwendig, privatwirtschaftlich aber nicht interessant ist, muss aus Steuermitteln Existenz sichernd bezahlt werden. In Mecklenburg-Vorpommern ist als erstem Land der Bundesrepublik der Einstieg in diesen Sektor gelungen – mit gemeinwohlorientierten Arbeitsförderprojekten, der Landesinitiative Jugend- und Schulsozialarbeit sowie der Förderung von Jugendbetrieben. Das sind Alternativen zur gegenwärtigen Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung. Dafür sollten die Mittel aus Brüssel, Berlin, Nürnberg, Schwerin wie auch der kommunalen Ebene gebündelt werden.
- das Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramm fortzuschreiben. Damit verfügt das Land über ein auf Langzeitwirkung angelegtes, innovatives und flexibles Programm, das den Interessen der einzelnen Regionen entspricht. Es ist gemeinwohlorientiert und zugleich wirtschaftsnah, es verzahnt Beschäftigungs- und Strukturpolitik. Es fördert besonders benachteiligte Menschen.

Auf dem Weg zum Gründerland

Für Mecklenburg-Vorpommern ist neben der Stabilisierung der vorhandenen wirtschaftlichen Basis ihr weiterer Ausbau erforderlich. Wir setzen nicht allein auf die Ansiedlung großer Unternehmen, sondern fördern den Unternehmergeist im Land. Wir wollen:

- die Existenzgründungsförderung auf eine bedarfsorientierte verbreiterte Basis stellen. Deshalb muss die Existenzgründerkampagne „Einfach anfangen“ weitergeführt werden,
- das Mikrodarlehenprogramm mit Krediten bis zu 20.000 € fortführen,
- die Bildung von Genossenschaften stärker fördern.

Agrar- und Ernährungswirtschaft stärken

In Mecklenburg-Vorpommern sind die ländlichen Räume bestimmend. Sie versorgen nicht nur die eigene Bevölkerung, sondern auch Ballungszentren. Sie bieten die Möglichkeit für Freizeit und Erholung. Verbraucherschutz und die Einhaltung von Umweltstandards werden in der Agrarwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns groß geschrieben.

Gezielter Einsatz der Fördermittel, die Nutzung von Wissenschaft und Technik für neue Verfahren und Produkte können die Wertschöpfung im ländlichen Raum steigern, Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen.

Deshalb fordern wir,

- dass die Umsetzung der EU-Agrarreform gemäß der Kriterien und Standards der EU erfolgt und darüber hinaus gehende Forderungen, z. B. bei der

Umsetzung der FFH- und Vogelschutzrichtlinie, als Dienstleistungen für die Gesellschaft honoriert werden.

- den Vertragsnaturschutz auszubauen und die Kulturlandschaftsprogramme zu qualifizieren.
- die flächendeckende Landbewirtschaftung aus Gründen des Umweltschutzes, der Landschaftspflege und der Einkommenssicherung für die Bauern zu erhalten.
- die Verlängerung der in den nächsten Jahren auslaufenden Pachtverträge zu sichern.
- die Treuhandgesetze als Voraussetzung für die Einstellung der Privatisierung von land- und forstwirtschaftlichen Flächen zu ändern. Die von der Bodenverwertungs- und Verwaltungs GmbH verwalteten Flächen müssen in die Hoheit der Länder überführt werden.
- Ansprüche auf einen bevorzugten Flächenerwerb durch Alteigentümer konsequent zurückzuweisen.
- die Ansiedlung neuer und die Entwicklung bestehender Standorte der art- und umweltgerechten Tierhaltung zu unterstützen.
- die Marktchancen der ökologisch und extensiv wirtschaftenden Betriebe durch die bessere Anbindung an die heimische Tourismuswirtschaft sowie die verstärkte Erschließung von überregionalen Absatzmärkten zu erhöhen.
- die Veredelungskapazitäten für Produkte in Mecklenburg-Vorpommern zu vergrößern und den Vertrieb gemeinsam zu organisieren. Die dazu notwendigen Strukturen müssen in der Anfangsphase staatlich gefördert werden.

Die große Mehrheit der Verbraucher lehnt gentechnisch veränderte Lebensmittel ab. Wir Sozialistinnen und Sozialisten halten die grüne Gentechnik nicht für notwendig. Wir unterstützen gentechnikfreie Zonen. Großschutzgebiete müssen generell frei von gentechnisch veränderten Organismen sein. Durch eine enge Begleitforschung wollen wir die Risiken und Chancen der Gentechnik rechtzeitig erkennen.

Energieversorgung – Schlüsselfrage für die Zukunft

Die Gewinnung von Energie und Wärme aus fossilen Rohstoffen ist klimaschädlich und wird immer teurer. Auf internationaler, auf staatlicher oder kommunaler Ebene müssen grundsätzlich drei Wege gleichzeitig beschritten werden: Energieeinsparung, Verbesserung der Energieeffizienz und vor allem der Einsatz erneuerbarer Energien. Das schafft Arbeitsplätze.

Mecklenburg-Vorpommern hat das Potenzial, sich zu 100 % durch erneuerbare Energien zu versorgen. Wir haben Wind, die sonnenreichsten Gegenden Deutschlands, Erdwärme, eine hocheffektive Land- und Forstwirtschaft, die nachwachsende Rohstoffe, so genannte Biomasse, produziert. Der Anteil der Nettostromerzeugung aus erneuerbaren Energien betrug im Jahr 2004 bereits rund 31 % und lag damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 11 %.

Unser Ziel ist ein dezentrales, solares Energiesystem in Mecklenburg-Vorpommern. Darauf müssen unsere Forschungs- und Entwicklungslandschaft und der Anlagenbau stärker konzentriert werden.

- Wichtigste Quelle ist nach wie vor die Windenergie. Die dafür möglichen Standorte sind an Land weitgehend ausgebaut, Potenziale gibt es auf dem Meer. Wir setzen uns dafür ein, beim Ausbau der Standorte die Belange der Einwohnerinnen und Einwohner und den Erhalt der landschaftlichen Schönheit zu berücksichtigen.
- Die energetische Nutzung der Biomasse muss zu einem besonderen Schwerpunkt für Mecklenburg-Vorpommern werden. „Der Landwirt als Energiewirt“ hat Zukunft. Die Erzeugung nachwachsender Rohstoffe sowie die Nutzung agrarischer Nebenprodukte und ihre energetische Verwertung als Kraftstoffe, Strom und Wärme bieten neue Einkommensquellen im ländlichen Raum.
- Wir schlagen vor, alle Aktivitäten in einem Innovationsprogramm für „Nachwachsende Rohstoffe und Erneuerbare Energien“ zusammen zu fassen.
- Lubmin muss auch als Standort für erneuerbare Energieproduktion gesichert werden.
- Der Grundsatz „nur Atommüll aus dem Land und Rheinsberg wird zwischengelagert“, muss bleiben, keine Ausweitung der Zwischenlagerkapazitäten.
- Die Erkenntnisse bei der Demontage von Atomkraftwerken müssen weiterentwickelt und vermarktet werden.

Zukunftsbranchen Gesundheits- und Tourismuswirtschaft nutzen

Biotechnologie, Pharmaindustrie und Medizintechnik haben im Land Fuß gefasst. Mit der Entwicklung und Beteiligung an der ScanBalt-Initiative wurden Verflechtungen in den Ostseeraum ausgebaut. Wir unterstützen die Profilierung des Koordinierungsbüros Gesundheitswirtschaft bei BioCon Valley. Gesundheitsprävention, aktive Erholung, „sich Verwöhnen lassen“ haben Konjunktur. Landschaft und Klima unseres Landes sind reizvoll, Hotellerie und Gastronomie werden in restaurierten historischen oder neuen Gebäuden betrieben. Kliniken und Rehabilitationseinrichtungen sind modern. Die Ernährungswirtschaft setzt auf Lebensmittel, die gesund sind und gesund machen. Es gibt vielfältige kulturelle Angebote. Natürliche Bedingungen und neu geschaffene Einrichtungen lassen fast jede sportliche Betätigung zu.

Wir wollen deshalb:

- Aus- und Weiterbildung besser auf die Anforderungen der Nutzer ausrichten. Dazu gehören das Wissen und die Anwendung alternativer Heilmethoden, Umweltmedizin, präventive Gesundheitspflege aber auch gesundheitsbewusste Ernährung.
- die Fremdsprachenausbildung des Servicepersonals qualifizieren.
- den „sanften“ Tourismus im Einklang mit der Natur in einem gesunden und gesundheitsbewussten Land weiter pflegen.
- Angebote für jeden Geldbeutel, für Alleinstehende und Senioren, für Alleinerziehende, für Jugendliche und Familien, für Frauen und Männer bereithalten.
- barrierefreie Tourismusangebote entwickeln und vernetzen.
- touristische, kulturelle und populärwissenschaftliche Angebote vernetzen, um das Land ganzjährig für Besucherinnen und Besucher attraktiv zu machen.

- auch das Binnenland unter dem Motto „Urlaub in intakter Natur“ bzw. „Urlaub auf dem Lande“ verstärkt erschließen.

Dazu passen die Pläne der Bundesregierung, in der Kyritz-Ruppiner Heide ein „Bombodrom“ zu errichten, auf gar keinen Fall. Sowohl die Natur als auch die Menschen, die sich durch naturnahen Tourismus verbunden mit entsprechendem Dienstleistungsgewerbe eine wirtschaftliche Existenz aufgebaut haben, sind dadurch bedroht. Wir wollen keinen Krieg und auch keine Plätze, wo man dafür übt. Auf Initiative der Linkspartei.PDS klagt die Landesregierung vor dem Verwaltungsgericht gegen die Pläne. Wir bleiben an der Seite der Gegner des „Bombodroms“ und treten für eine zivile Nutzung der Region ein.

Konversion als Wirtschaftsfaktor

Die Umwandlung ehemaliger militärischer Liegenschaften hin zur zivilen Nachnutzung hat durch umfassende Initiativen der Linkspartei.PDS eine neue, bundesweit anerkannte Form erreicht. Konversion als wirksames wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisches Instrument begriffen, kann den von Standortschließungen betroffenen Kommunen helfen, neue zivile Wirtschaftsstrukturen aufzubauen.

Darüber hinaus werden wir

- den Konversionsprozess als Mittel für eine zukunftsgerichtete Stadtentwicklung ausgestalten.
- die Konversionspartnerschaft zwischen dem Land und den Kommunen weiter entwickeln.

Der Bund muss hierbei seiner Verantwortung gerecht werden. Unsere Forderung nach einem Bundeskonversionsprogramm bleibt daher weiter aktuell.

2.

Mecklenburg-Vorpommern – ein lernendes Land

Bildung war und ist für die Entwicklung der Gesellschaft und jedes Einzelnen eine entscheidende Bedingung. Lebenslanges Lernen, Teilhabe an Kultur und Sport muss für jede und jeden unabhängig von der sozialen Herkunft und Lage, unabhängig von Geschlecht, geistiger und körperlicher Verfasstheit möglich sein. Die Voraussetzungen dafür zu schaffen, ist Aufgabe des Staates und wesentlicher Bestandteil seiner Daseinsvorsorge.

In allen Bildungsstufen sind soziale Kompetenzen und Verantwortungsbewusstsein für sich selbst, den Nachbarn und die Gemeinschaft stärker zu verankern.

Bildung und Erziehung im Vorschulalter

Das neue Kindertagesfördergesetz (KiföG) unseres Landes ist mit seinem modernen Konzept der vorschulischen Bildung beispielhaft für die gesamte Bundesrepublik. Der hohe Standard unserer Kindertagesstätten wurde damit gesichert und weiter angehoben. Um den Anspruch jedes Kindes auf Bildung und Erziehung zu sichern,

werden wir alle Kindertageseinrichtungen zu Stätten des spielerischen Lernens weiterentwickeln.

Das heißt für uns:

- die schrittweise Einbeziehung aller Altersgruppen in die frühkindliche Bildung nach einem verbindlichen Rahmenplan in den Kindertagesstätten bzw. bei Tagesmüttern zu gewährleisten.
- den Übergang von der Kindertagesstätte in die Schule auszugestalten und die Zusammenarbeit von Schule und Hort verbindlich zu regeln.
- die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher grundlegend zu reformieren. Der Übergang zu einer akademischen Ausbildung ist erforderlich. In diesem Sinne soll der Modellstudiengang an der Hochschule Neubrandenburg verstetigt werden.
- die Möglichkeiten der berufsbegleitenden Qualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher konsequent zu nutzen.
- die Befreiung der Eltern von den Beiträgen für die Kindertagesbetreuung ohne zusätzliche Belastung der Kommunen zu erreichen und fordern, dass der Bund sich an den Kosten beteiligt.

Längeres gemeinsames Lernen

Es ist uns gelungen, den ersten Schritt zu längerem gemeinsamen Lernen zu gehen. Unser Ziel ist, alle Schülerinnen und Schüler mindestens bis einschließlich der 8. Klasse gemeinsam zu unterrichten.

Jetzt kommt es darauf an, das Gesamtniveau der Schule durch den Ausbau und die Weiterentwicklung vorhandener und neuer integrativer Unterrichtsmethoden, Fördermöglichkeiten und sozialer Angebote zu erhöhen. Die Erfahrungen skandinavischer Bildungspolitik sind stärker zu nutzen.

Deshalb wollen wir:

- Ganztagsangebote/Ganztagsschulen ausbauen und die Schulen von Lernorten zu Lebensorten unter den Bedingungen eines dünn besiedelten Flächenlandes zu entwickeln. Vereine und Verbände sind dabei stärker einzubeziehen.
- die Schulen weiterhin frei von kommerzieller Nutzung halten.
- die Aus- und Weiterbildung der Lehrer an integrative und soziale Unterrichtsformen anpassen.
- den Schulen im Rahmen des Modells „selbständige Schule“ Autonomie und mehr Freiräume bei der Budgetierung einräumen.
- die Förderung geisteswissenschaftlicher Fächer, besonders Geschichte und Sozialkunde eigenständig erhalten.
- die besonderen Voraussetzungen und Ansprüche von Jungen und Mädchen, Kindern mit Behinderungen, sozial benachteiligten Kindern sowie Kindern von Migrantinnen und Migranten stärker zu berücksichtigen.
- mehr berufliche Frühorientierung an unseren Schulen.
- den Erwerb umweltpolitischer Kompetenzen in allen Bildungsstufen stärker verankern. Umweltbildung muss ebenso in der Freizeit stärker herausgefordert und gefördert werden.

Berufsausbildung verbessern

Deshalb wollen wir:

- eine Qualitätsoffensive in der beruflichen Bildung starten.
- eine hundertprozentige Unterrichtsversorgung an den Berufsschulen sichern.
- dass jeder Schulabgänger und jede Schulabgängerin einen Ausbildungsplatz erhält,
- die Ausbildung, z. B. im Verbundsystem, staatlich fördern und bedarfsgerecht ausrichten.
- die „Produktionsschulen“ als Stätten der Berufsfrühorientierung landesweit entwickeln.
- das Freiwillige Ökologische Jahr weiter ausbauen.
- Berufsausbildung mit Abitur einführen.

Hochschulen profilieren

Die Universitäten und Fachhochschulen unseres Landes sind von enormer Bedeutung. Sie sind Bildungsorte und Keimzellen wirtschaftlicher Entwicklung. In einigen Bereichen können wir auf große Erfolge in Lehre und Forschung verweisen. Das hat zu einem guten Ruf unserer Hochschulen beigetragen. Wir wollen noch besser werden und noch mehr junge Menschen zu einem Studium und zum Leben in unserem Land einladen. Dazu müssen Lehre und Forschung ständig weiterentwickelt und den globalen Bedürfnissen angepasst werden. Die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und die Ausrichtungen auch auf die Bedürfnisse des Landes müssen verbessert werden. Deshalb treten wir für eine Hochschulautonomie in Verantwortung für das ganze Land ein.

Wir wollen:

- Keine Studiengebühren!
- eine Ausstattung der Bildungslandschaft mindestens auf dem Niveau des OECD-Durchschnitts.
- Planungssicherheit für die Entwicklung der Hochschulen durch Einführung eines bundesweiten Länderfinanzausgleichs für Hochschulbildung.
- einen gut ausgestatteten Hochschulbeteiligungsfonds, mit dem sich die Hochschulen finanziell an Existenzgründungen aus dem Wissenschaftsbereich beteiligen.
- dass im Umfeld einer qualitativ hochwertigen Hochschullandschaft moderne Technologien entwickelt und angewendet werden, Industrieunternehmen und Dienstleistungsbetriebe entstehen.
- dass die Geisteswissenschaften nicht als überflüssig betrachtet, sondern wieder gestärkt werden.
- die Wahrung der Hochschulautonomie durch die Verhinderung von weiteren Kürzungen, die über den vereinbarten Korridor hinausgehen, um die Schließung von weiteren Studiengängen auszuschließen.

3.

Mecklenburg-Vorpommern – ein Land zum Wohlfühlen

Ein Dach über dem Kopf ist Menschenrecht

Die Städte und Dörfer unseres Bundeslandes sind attraktiver und lebenswerter geworden. Damit alle davon profitieren können, muss solchen Gesetzen wie Hartz IV auf allen politischen Ebenen verstärkt entgegengewirkt werden. Eine verantwortungsvolle Wohnungspolitik soll auch in Zukunft die Entwicklung unserer Städte und Dörfer befördern und helfen, die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrer sozialen Situation in unserem Bundesland zu sichern bzw. zu verbessern.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass

- der Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft für ALG-II-Empfängerinnen und –empfänger erhalten bleibt.
- bedarfsgerechte, gute und bezahlbare Wohnungen, insbesondere für Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen erhalten bleiben.
- Miet- und Betriebskostenspiegel weiter gefördert werden.
- die historischen Innenstädte als Stätten des Wohnens, Arbeitens und des kulturellen Lebens erhalten und weiter entwickelt werden.
- die Mittel für den Stadtumbau Ost für die Aufwertung von Wohngebieten im Sinne einer sozial ausgewogenen Infrastruktur genutzt werden.
- barrierefreies Bauen überall durchgesetzt wird.
- altersgerechter Wohnungsbau weiter gefördert wird.
- die Entlastung der Wohnungsunternehmen von sogenannten Altschulden erfolgt.
- kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbestände erhalten bleiben.

Vorsorge fördern – Bedarfsgerechte medizinische Versorgung sichern

Wir wollen, dass die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern lange gesund sind. Deshalb ist die Entwicklung der Prävention als dritter Säule im Gesundheitswesen unser oberstes Ziel. Sie muss in Kindertagesstätten, Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen, Unternehmen und Verwaltungen verankert werden. Wir kämpfen parlamentarisch und außerparlamentarisch darum, die Kosten der gesundheitlichen Betreuung gerecht auf alle nach ihrer Leistungsfähigkeit zu verteilen. Aber vor allem die gesetzlich Versicherten werden heute immer mehr zur Kasse gebeten. Wir fordern deshalb: Die Krankenversicherung muss zu einer solidarischen Bürgerversicherung werden. Die Praxisgebühr muss weg! Notwendige Vorsorgeleistungen müssen wieder kostenfrei sein. Das ist nur bundesweit erreichbar.

Auf Landesebene setzen wir uns für eine wohnortnahe und qualitativ hochwertige gesundheitliche Versorgung ein. Die Erhaltung der Krankenhäuser, eine hohe Pflegequalität und die Verbesserung der ambulanten ärztlichen Versorgung stehen im Mittelpunkt. Dem Ärztemangel in einigen Regionen begegnen wir mit einem Masterplan.

Wir wollen:

- die flächendeckende Weiterentwicklung der Ansätze integrierter Versorgung nach dem Prinzip der Polikliniken. Das ist kostengünstig und vermeidet unnötige Untersuchungen.
- die Weiterführung der Verzahnung der Einrichtungen der Hochleistungsmedizin mit den Krankenhäusern der Grundversorgung und den Rehabilitationseinrichtungen.
- den Aufbau von Strukturen zum besseren Übergang vom Krankenhaus in die häusliche Pflege.
- die Weiterentwicklung der ambulanten Pflege, um Pflegebedürftigen so lange wie möglich die häusliche Umgebung zu sichern.

Kultur und Sport – Ausdruck von Lebensqualität

Wir wollen den chancengleichen Zugang zu Kultur und Sport für alle Menschen, die in unserem Land leben – junge oder alte, deutsche oder ausländische Einwohnerinnen und Einwohner, unabhängig von Geschlechterzugehörigkeit, der sozialen Lage sowie ihrer körperlichen und geistigen Verfasstheit. Dazu und für die Attraktivität unseres Landes ist es notwendig, den Etat für Kultur und Sport zu erhöhen.

Theater mit hoher künstlerischer Qualität, restaurierte Denkmale, attraktive Kunststätten und Museen sind wichtig für uns und anziehend für unsere Gäste. Die Entwicklung regionaler bzw. lokaler Kulturkonzepte, die die Vielfalt des kulturellen Spektrums berücksichtigen, muss an Bedeutung zunehmen und stärker unterstützt werden.

Deshalb wollen wir:

- Theatern, Kulturzentren, etablierten Einrichtungen und Verbänden durch institutionelle Festbetragszuweisungen, Planungssicherheit schaffen. Damit erhalten Kulturschaffende, Künstlerinnen und Künstler verlässliche Rahmenbedingungen für ihre Arbeit. Den zunehmenden prekären wirtschaftlichen Bedingungen von Künstlerinnen und Künstlern sowie Kulturschaffenden muss gezielt entgegengewirkt werden.
- Musikschulen sowie Kinder- und Jugendkunstschulen als Teil kultureller Bildung weiter fördern.
- große kulturelle Events, wie z. B. das Musikfestival Mecklenburg-Vorpommern, weiter durch das Land unterstützen.
- die Chancen der Kulturwirtschaft als Wachstumsbranche in Mecklenburg-Vorpommern besser nutzen. Gute Erfahrungen mit „Tagen und Nächten des offenen Denkmals“, Theateraufführungen in den Tourismuszentren, Vermarktung kultureller und historischer Besonderheiten von Orten und Regionen belegen den Erfolg und die Notwendigkeit komplexer Angebote, die auch für den Tourismus von Bedeutung sind.
- dass die Theater Rostock und Schwerin eigenständig bleiben.

Sport hat eine wichtige Funktion zur Gesunderhaltung und zur sinnvollen Freizeitgestaltung, fördert Leistungswillen und kameradschaftlichen Umgang. Er schafft Anerkennung, fördert die Integration und trägt zur Gewaltprävention besonders bei Kindern und Jugendlichen bei.

Deshalb wollen wir:

- die kontinuierliche Förderung in den Bereichen Breiten-, Behinderten-, Gesundheits- und Freizeitsport sowie den Nachwuchs-, Leistungs- und Spitzensport auf der Grundlage der Fortschreibung des Sportfördergesetzes Mecklenburg-Vorpommern aus dem Jahre 2002 stabil fortführen.
- Investitionen in Sportstätten durch das Land weiter fördern.
- die Rahmenbedingungen für die ehrenamtliche Arbeit im Sport verbessern, damit mehr Kinder- und Jugendgruppen betreut werden können und Kinder unabhängig von ihrer sozialen Stellung Zugang zu sportlicher Betätigung haben.
- sportliche Aktivitäten im vorschulischen und schulischen Bereich intensiv fördern. Die Arbeit an den Eliteschulen des Sports in Schwerin, Neubrandenburg und Rostock ist weiter gezielt zu unterstützen.
- die Autonomie des Sports auf allen Ebenen weiter stärken.

4.

Mecklenburg-Vorpommern – ein Land für alle Generationen

Familienfreundliche Gesellschaft

Wir brauchen eine familienfreundliche Gesellschaft. Deshalb setzen wir uns für folgende Änderungen auf Bundesebene ein:

- Zu aller erst ist ein Existenz sicherndes Einkommen für Familien erforderlich.
- So lange dies nicht durch Arbeit erreicht werden kann, brauchen wir eine vom Einkommen der Eltern unabhängige Existenzsicherung für Kinder. Kinder dürfen nicht länger ein Armutsrisiko sein.
- Das Kindergeld darf nicht auf das Arbeitslosengeld II angerechnet werden.

In unserem Land wollen wir:

- Modellprojekte für Kinderbetreuung, die flexibel auf die Arbeitszeit der Eltern reagieren, weiter fördern.
- Bemühungen für familienfreundliche Arbeitszeitmodelle in Unternehmen unterstützen.
- die Gründung „Lokale Bündnisse für Familien“ durch Unternehmen, Institutionen und Kommunen unterstützen,
- das ehrenamtliche und professionelle Netz der Jugend- und Familienhilfe festigen und durch Formen der aufsuchenden Hilfe ergänzen.
- Familien, in denen alte und pflegebedürftige Menschen versorgt werden, besser als bisher unterstützen, z. B. mit familienentlastenden Diensten.

Kinderrechte stärken

Der radikale Sozialabbau der Bundesregierung hat zu einer drastischen Verschärfung der Kinderarmut auch in unserem Land geführt. Um den gesundheitlichen und sozialen Folgen entgegenzuwirken und die Entwicklungschancen dieser Kinder zu verbessern, wird die Linkspartei.PDS ein Landesprogramm gegen Kinderarmut initiieren.

Wir fordern, dass Kinder und Jugendliche bei der Gestaltung ihrer Lebenswelt stärker beteiligt werden. Damit verbunden ist die Wahrnehmung und Achtung von Kindern und Jugendlichen als eigenständige Persönlichkeiten mit Rechten und Pflichten.

Wir wollen:

- dass jedes Kind bei seiner Geburt einen vom Land geförderten Impfpass erhält.
- dass regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen in den Kindertagesstätten und Schulen für alle Kinder und Jugendlichen wieder eingeführt werden.
- dass Jugend- und Schülervertretungen festgeschriebene eigene Rechte erhalten.
- dass Freizeit auch ohne Geld sinnvoll gestaltet werden kann.
- dass Demokratie und Toleranz vor Ort erlern- und erlebbar sind.
- dass alle Kinder in Kita, Schule und beruflicher Bildung gleiche Bildungschancen erhalten.
- dass Mädchen und Jungen gleichberechtigt gefördert werden.

Gleichstellung von Frauen und Männer

Soziale Gerechtigkeit beinhaltet für uns auch Gerechtigkeit für beide Geschlechter. Deshalb muss die Gleichstellung von Frauen und Männern als ein gesamtgesellschaftliches Anliegen betrachtet und als Querschnittsaufgabe realisiert werden (Gender Mainstreaming). In den letzten Jahren ist für die Durchsetzung von Geschlechtergerechtigkeit in Mecklenburg-Vorpommern eine gute Ausgangsbasis geschaffen worden. Das betrifft insbesondere die Bestellung bzw. den Einsatz von Gleichstellungsbeauftragten auf allen Ebenen und Institutionen. Gleichstellung der Geschlechter beinhaltet für uns außerdem:

- eine notwendige besondere Förderung von Frauen und Mädchen, um nach wie vor vorhandene geschlechterspezifische Ungerechtigkeiten abzubauen.
- mehr Aus- und Weiterbildungschancen für Mädchen und junge Frauen. Projekte wie „Qualifizierung in der Elternzeit“ und „Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie“ müssen weiter gefördert werden.
- Gleichstellung bei der Risikoabsicherung vor Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter und Pflege. Dabei sind die unterschiedlichen Lebensläufe und Erwerbsbiographien von Frauen zu berücksichtigen. Nur auf diesem Wege kann deren Altersarmut vorgebeugt werden.
- gesundheitspolitische Vorhaben im Gesundheitsland Mecklenburg-Vorpommern geschlechterspezifisch auszurichten. Geschlechtsspezifische Forschung, Ausbildung in allen medizinischen und pflegerischen Berufen sowie eine frauenspezifischen Gesundheitsversorgung, einschließlich der Vorsorge sind zu schaffen.
- Daten getrennt nach Geschlechtern zu erheben.
- die Landesgleichstellungskonzeption zu realisieren und fortzuschreiben.
- gleichstellungspolitische Inhalte in den lebenslangen Bildungs- und Erziehungsprozess einzubinden.
- mehr geschlechterspezifischen Projektunterricht in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern einzuführen, um mehr Mädchen und junge Frauen für technische Berufe zu begeistern.

Aktive Seniorinnen und Senioren – ein Gewinn für das Land

Es ist gut, dass die Menschen länger leben. Die Politik hat die Pflicht, sich darüber zu freuen. Für uns ist es wichtig, diesen Prozess als Gewinn für jung und alt zu begreifen. Viele der heutigen Seniorinnen und Senioren sind aktive, dem Leben zugewandte Menschen. Sie wollen nicht nur Politik für ältere Menschen, sondern Politik mit älteren Menschen. Sie werden gebraucht und sie wollen gebraucht werden. Mit 65 Jahren haben sie sich aber einen ruhigen und gesicherten Lebensabend verdient. Die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 lehnen wir ab. Sie führt nur zu niedrigeren Renten. Wir verlangen dagegen, dass endlich Ostrentner die gleichen Rentenwerte wie Westrentner erhalten. Wir fordern gerechte Alterseinkünfte, die die Lebensarbeitsleistung berücksichtigen. Weg mit dem Rentenstrafrecht!

Wir wollen:

- dass die Arbeitsmarktprogramme des Landes, die Älteren eine Chance auf Erwerbsarbeit eröffnet haben, weitergeführt werden.
- das bürgerschaftliche Engagement der Seniorinnen und Senioren stärker unterstützen.
- ihren Erfahrungsschatz, besonders für generationsübergreifende Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, nutzen.
- darauf hinwirken, dass regionale Planungen das Bedürfnis von Seniorinnen und Senioren, den Arzt, Einkaufsmöglichkeiten, Kultur- und Sportstätten gut erreichen zu können und barrierefrei zu gestalten, stärker berücksichtigen.

Menschen mit Behinderungen gleichstellen

Allen Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen wollen wir die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Das „Gesetz zur Gleichstellung, gleichberechtigten Teilhabe und Integration von Menschen mit Behinderungen in Mecklenburg-Vorpommern“ stellt dafür eine gute Grundlage dar.

- Arbeit ist für Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen ein wichtiger gesellschaftlicher Bezugsrahmen. Die Zahl der arbeitslosen schwer behinderten Menschen ist nach Auslaufen des Bundesprogramms wieder deutlich gestiegen. Ein politischer Schwerpunkt sollte deshalb die Erhöhung der Zahl der Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen sein.
- Wir wollen ihre tatsächliche Gleichstellung in enger Zusammenarbeit mit den demokratisch gewählten Interessenvertretern in den Verbänden, Vereinen und Selbsthilfegruppen erreichen.
- Wir treten jeglicher Diskriminierung in den unterschiedlichen Lebenssituationen entgegen. Vorhandene Benachteiligungen müssen überwunden werden.
- In allen Lebensbereichen ist Barrierefreiheit unser Ziel, um Menschen mit Behinderungen eine selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen.
- Das Landesblindengeld darf nicht gekürzt, es muss erhalten bleiben.

5. Mecklenburg-Vorpommern – ein tolerantes Land

Gegenwärtig leben in Mecklenburg-Vorpommern ca. 50.000 Migrantinnen und Migranten, die aus unterschiedlichen Gründen gekommen sind. Mit ihren individuellen Erfahrungen, ihrem erworbenen Wissen und ihren Möglichkeiten sollen sie am gesellschaftlichen Leben teilhaben und teilnehmen können, die kulturelle Vielfalt erweitern und die Wirtschaft des Landes stärken. Unser von Abwanderung stark betroffenes Bundesland profitiert von den dauerhaft im Land lebenden Einwanderinnen und Einwanderern.

Integrationsförderung heißt für uns aktive Gestaltung eines wechselseitigen Prozesses zwischen Mehrheitsgesellschaft und eingewanderten Minderheiten. Im Zentrum steht die gleichberechtigte Teilhabe der Migrantinnen und Migranten an allen Lebensprozessen der Gesellschaft. Es geht darum, die interkulturelle Gesellschaft bewusst anzunehmen und ihr durch praktische Schritte überall im Land gerecht zu werden. Wir treten für die aktive Auseinandersetzung mit Vorurteilen und Rassismen wegen Hautfarbe, nationaler oder weltanschaulicher Zugehörigkeit ein. Im Mittelpunkt muss die berufliche und soziale Integration durch Projekte in allen Teilen des Landes stehen. Der deutliche Nachholebedarf auf dem Gebiet der sprachlich-kulturellen Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund sowie der interkulturellen Kommunikation muss abgebaut werden.

Asylsuchende bedürfen unserer besonderen Solidarität und Hilfe. Unser Grundsatz bleibt „Offene Grenzen für Menschen in Not“.

Wir setzen uns ein für:

- die Auflösung der neu geschaffenen Landesgemeinschaftsunterkunft innerhalb der Landeserstaufnahmeeinrichtung in Nostorf/Horst.
- die dezentrale Unterbringung für Asylsuchende, die es wünschen.
- die Herauslösung des Abschiebegefängnisses aus der JVA Bützow als ersten Schritt zu seiner Auflösung.
- die gänzliche Aufhebung der Residenzpflicht in M-V.
- die weitest gehende Auslegung des Zuwanderungsgesetzes des Bundes zugunsten der in Mecklenburg-Vorpommern lebenden Migrantinnen und Migranten.
- eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Zuwanderungsgesetzes zu Gunsten von Asylsuchenden weltweit und der Möglichkeit der Verhängung eines absoluten Abschiebestopps.
- die Unterstützung von Initiativen und Projekte, von Vereinen und Gruppen, die verbesserten Lebensbedingungen von Migrantinnen und Migranten im Land dienen.
- die verbesserte Förderung des Erlernens der deutschen Sprache zur Erleichterung von Integration.

Demokratie und Toleranz stärken – Rechtsextremismus bekämpfen

Das erfordert gesamtgesellschaftliches Handeln aller demokratischen Kräfte. Mit Hilfe des von uns initiierten Landesprogramms „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ wollen wir vor allem das bürgerschaftliche Engagement fördern

und Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes ermuntern, gemeinsam gegen Rechtsextremismus und Gewalt aktiv zu werden

Wir finden uns nicht damit ab, dass alte und neue Nazis in angeblich bürgerfreundlichem Gewand ihre nationalistischen, egoistischen und rassistischen Ziele verbreiten. Die Präsenz von Rechtsextremen in kommunalen Vertretungen ist für uns unerträglich und Ansporn, energisch deren wahres Gesicht aufzudecken.

Wir treten ein für:

- gemeinsames Handeln und Vernetzen aller gesellschaftlichen Gruppen zur Entwicklung einer demokratischen Kultur, um Rechtsextremen keinen Raum zu lassen.
- den Respekt vor anderen Kulturen.
- die Erziehung zu demokratischen Grundwerten, gegen die Entpolitisierung von Schule, Unterricht und Freizeiteinrichtungen.
- schnelle Aburteilung rechtsextremer Straftäterinnen und Straftäter.
- die Nutzung der Angebote für Aufklärung, Weiterbildung und Hilfe seitens der CIVITAS- und weiterer Projekte gegen Rechtsextremismus, u. a. für die Schulung von Sozialarbeitern und Lehrern.
- die finanzielle Förderung dieser Projekte durch Land, Landkreise und Kommunen
- die Vereinfachung der Durchführung von Volksbegehren als ein Mittel direkter Demokratie.

6.

Mecklenburg-Vorpommern – ein grünes Land

Wirtschaften, Arbeiten und Leben mit der Natur – nicht gegen sie

Wir sind davon überzeugt, dass ökonomische Entwicklung ökologisch verträglich und sozial gerecht ausgestaltet werden kann und muss. Umwelt- und Naturschutz und die Schaffung von Arbeitsplätzen sind keine Gegensätze, sie müssen gemeinsam gedacht und umgesetzt werden. Ökologisch nachhaltige Entwicklung und soziale Gerechtigkeit – das sind zwei Seiten einer Medaille!

Ausgehend von der beschlossenen Landesagenda wollen wir auch in der Umweltpolitik

- die frühzeitige Einbeziehung der Beteiligten, den Dialog mit der Wirtschaft, den Landwirten, den Umweltverbänden, regionalen Entscheidungsträgern, den Bürgerinnen und Bürgern.
- am Umweltinformationsgesetz und dem Verbandsklagerecht festhalten.
- Agenda-21-Beschlüsse weiter befördern. Sie helfen Gemeinden und Regionen ihre Entwicklungspotenziale zu erkennen und darauf aufbauend neue Wege selbst zu bestimmen.

Die Schönheit unseres Landes soll erhalten bleiben. Andere Länder beneiden uns um diesen Schatz.

Wir wollen:

- dass Nationalparke, Naturparke, Biosphärenreservate und andere geschützte Lebensräume Rückzugsgebiete für wildlebende Pflanzen und Tiere bleiben.
- dass weitere Modellregionen entstehen, in denen Naturschutz die Grundlage wirtschaftlicher Tätigkeit ist.
- Naturschutz, Renaturierung und Aufforstung sowie Moorschutz auch im Interesse des Klimaschutzes betreiben.
- die Politik der Flächenversiegelung und des –verbrauchs zugunsten von verdichtetem Bauen beenden.
- Klimaschutz als gesamtgesellschaftliche integrierte Aufgabe verankern.
- die Nährstoffbelastung unserer Gewässer reduzieren und ihre Durchgängigkeit erhöhen.
- uns auf die Förderung von Kleinkläranlagen konzentrieren.

Ökologische Mobilität

Der Straßenverkehr trägt mehr denn je zu einer Verschärfung der Klimaproblematik, zur Versiegelung von Flächen, zu steigender Lärm- und Schadstoffbelastung bei. Deshalb setzen wir auf ein ökologisches Verkehrskonzept.

Das heißt für uns:

- den Ausbau der Hauptstrecken der Bahn zügig fortzusetzen.
- den Nahverkehr per Bus und Bahn in der Fläche zu sichern und stillgelegte Strecken wieder zu eröffnen.
- Güterverkehr auf die Schiene zu verlagern. Verkehrsvermeidung und Senkung der Schadstoffemissionen haben Priorität.
- Raumordnung und Verkehrsplanung auf Verkehrsvermeidung und geringeren Flächenverbrauch auszurichten.
- Verkehrsträger gleichberechtigt zu fördern und steuerliche Besserstellung abzubauen. Die Bildung von regionalen Verkehrsverbänden wird weiter unterstützt.
- einen Integralen Taktfahrplan für Mecklenburg-Vorpommern im nächsten ÖPNV-Plan des Landes festzuschreiben.
- alle Anstrengungen zur Erzeugung und Förderung umweltfreundlicher Kraftstoffe zu unterstützen.

7.

Mecklenburg-Vorpommern – in guter Verfassung

Unser Ziel ist die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an allen gesellschaftlichen Prozessen. Es geht uns um mehr Bürgerrechte und mehr persönliche Sicherheit.

Wir wollen:

- den Ausbau von Petitionsrechten und verbesserten Datenschutz für Bürgerinnen und Bürger.
- für die Nutzung des Informationsfreiheitsgesetzes, d. h. das Akteneinsichtsrecht, werben.
- die Arbeit von Präventionsräten weiter unterstützen, anstelle von präventiver Überwachung der Bürgerinnen und Bürger.

- eine Polizei, die sich durch Bürgernähe auszeichnet und eine für ein Flächenland notwendige Polizeiorganisation und –struktur aufweist und ihre Eingriffsbefugnisse auf die Grundrechte des Bürgers zurück fährt.
- die Einführung der Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten.
- im Kampf gegen Kriminalität eine schnelle Verfolgung und Bestrafung von Tätern und deren verbesserte Resozialisierung.

Wir wollen:

- eine bürgernahe öffentliche Verwaltung – effizient und modern, ganz besonders auf der Ebene der Gemeinden und Ämter.
- die Vorbereitung und Umsetzung der umfassenden Verwaltungsmodernisierung und Funktionalreform im Landtag mitgestalten und die Arbeit von Begleitausschüssen in den Kreistagen und den Stadtvertretungen initiieren.
- die umfassende Einbeziehung der Personal- und Betriebsräte dabei.
- die Strategie einer elektronischen Verwaltung (E-Government) weiterentwickeln und vorantreiben.
- den Bürokratieabbau auf allen Ebenen beschleunigen.

Kommunen brauchen Zukunft

Wir haben uns auch in Mecklenburg-Vorpommern über eine bürgerorientierte Kommunalpolitik als Partei des Alltags, als Partei von hier und für hier, profiliert. Über unsere Kommunalvertreterinnen und –vertreter, Mitglieder in Initiativen, Vereinen und Verbänden sind und bleiben wir für die Bürgerinnen und Bürger wahrnehmbare und verlässliche Partner zukunftsorientierter Kommunalpolitik, auch und gerade aus landespolitischer Verantwortung heraus.

Wir wollen:

- hin zur Bürgerkommune mit öffentlich diskutierten Bürgerhaushalten.
- eine wirtschaftliche Betätigung der Kommunen über bisherige Geschäftsfelder hinaus ermöglichen. Die Kommunalverfassung muss dafür entsprechend fortentwickelt werden.
- zur notwendigen Weiterentwicklung der Gemeindestrukturen in Mecklenburg-Vorpommern eine Enquetekommission des Landtages unter Beteiligung der kommunalen Ebene einrichten.

8.

Mecklenburg-Vorpommern muss klug haushalten

Wir haben mit unserem Steuerkonzept einen mutigen Vorschlag unterbreitet, der mittel- und langfristig einen Weg aus der Misere der öffentlichen Haushalte aufzeigt. Dies könnte zu einer deutlichen Verbesserung der Haushaltssituation in Bund, Länder und Kommunen führen und so neue Möglichkeiten für eine nachhaltige Politik eröffnen.

Wir müssen uns jedoch den realen bundespolitischen Rahmenbedingungen, die die Situation maßgeblich bestimmen, stellen:

Ab dem Jahr 2009 werden sich die dem Land zustehenden Gelder aus dem Solidaripakt bis 2019 jährlich spürbar verringern. Da die Mittel aus dem Länderfinanzausgleich nach der Zahl der Einwohner berechnet werden, werden wir auch hier künftig weniger Geld im Land zur Verfügung haben. In Anbetracht dieser Entwicklung kann die finanzielle Basis des Landes nur gesichert werden, wenn es gelingt, die Wirtschaftskraft im Land zu stärken, das Steueraufkommen dauerhaft zu erhöhen und die Ausgaben für die Verwaltung deutlich zu reduzieren.

Wir wollen:

- eine Diskussion über den Investitionsbegriff. Wir meinen, nicht nur Ausgaben für neue Straßen, Brücken und Gebäude sind Investitionen, sondern auch Ausgaben etwa für Bildung und Forschung.
- mittelfristig einen ausgeglichenen Landeshaushalt. Das bedeutet, dass wir künftig keine neuen Kredite mehr aufnehmen und langfristig Schulden abbauen müssen, um die Belastung aus Zinszahlungen zu begrenzen. So sichern wir finanzielle Möglichkeiten für das Land.
- das dem Land zur Verfügung stehende Geld vorrangig für folgende Schwerpunkte einsetzen: Projekt Jobmotor, Projekt Lebenslanges Lernen, Projekt Perspektiven für Mensch und Natur.
- bei der Förderung, insbesondere im Rahmen der Wirtschaft, einen Teil der Mittel in zinsgünstige Darlehen und stille Beteiligungen umwandeln, damit die Rückflüsse wiederum für die Unterstützung neuer Projekte genutzt werden können (revolvierende Fonds).
- dass das Land als öffentlicher Arbeitgeber für sein Personal und die Ausbildung junger Menschen auch weiterhin Verantwortung übernimmt. Das Personalentwicklungskonzept für die Landesverwaltung wird umgesetzt. Betriebsbedingte Kündigungen schließen wir aus. Ein Einstellungskorridor für junge Leute ist zu sichern.
- eine faire kommunale Finanzausstattung und zuverlässige Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen, die die öffentliche Daseinsvorsorge ermöglichen. Die notwendige Neuregelung des Finanzausgleichs erfolgt unter der Maßgabe, dass:
 - sowohl eine Finanzierung der übertragenen und pflichtigen Aufgaben als auch eine angemessene Finanzausstattung zur Wahrnehmung von Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinden und Regionalkreise gewährleistet und
 - ein transparentes Verfahren zwischen Landes- und Kommunalpolitik hergestellt werden.Dabei übersehen wir nicht, dass die finanzielle Basis der Kommunen nur durch eine bundesweite wirkliche Gemeindefinanzreform verbessert werden kann.
- die Sparkassen als öffentliche Finanzinstitutionen in kommunaler Verantwortung und als stabiles Element der regionalen Wirtschaftsentwicklung erhalten. Das gilt auch bei möglichen Fusionen von Sparkassen oder bei Verbundlösungen.

9.

Mecklenburg-Vorpommern – Partner im Ostseeraum

Der Ostseeraum gehört zu den Regionen, die sich besonders dynamisch entwickeln. Daraus ergeben sich große Chancen für unser Land. Die skandinavischen Länder verfügen über starke Wirtschaftsstrukturen. Die sozialen Systeme und Umweltstandards in Nordeuropa sind weltweit beispielhaft. Den Erfahrungsaustausch zu intensivieren, liegt in unserem Interesse. Polen und die baltischen Länder sind ebenso interessante Kooperationspartner mit hohen Wachstumsraten.

Eine gemeinsame Zukunft in der Ostseeregion bedarf einer zielgenauen und konsequenten Förderung von grenzüberschreitenden Kooperationen auf Landes-, regionaler und lokaler Ebene. Zugleich sollen im Rahmen der Ostseekooperation mit allen Partnern, einschließlich Russlands, neue Entwicklungspotenziale erschlossen werden. Wichtige Vereinbarungen des Landes, der Regionen und Kommunen für stärkeres direktes Engagement der Akteure bestehen bereits.

Wir wollen:

- bestehende Netzwerke, wie die Euroregion Pomerania, ScanBalt, BioconValley, Universitätskooperationen im Ostseeraum stärken.
- den Ausbau der Zusammenarbeit mit den Ländern Berlin und Brandenburg, um gemeinsam mit den westpolnischen Wojewodschaften die Region entlang beider Seiten der Oder zu einer konkurrenzfähigen Europaregion zu entwickeln. Ziel ist die Schaffung eines eng verbundenen Wirtschaftsraumes für die Oderregion, der insbesondere in Vorpommern neue Arbeitsplätze schafft.
- ein umfassendes Netzwerk von Beziehungen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Sport entwickeln – als eine Voraussetzung sozialer und solidarischer Integration im Ostseeraum.
- die Sicherung des regionalen Wirtschaftsverkehrs über die Grenzübergänge in Hintersee und Blankensee wie auch die Erhöhung der technischen und administrativen Kapazitäten der Grenzabfertigung an den Übergängen Linken und Pomellen.
- den Anschluss der polnischen Seite an die Usedomer Bäderbahn.
- die verstärkte und gezielte Unterstützung der Städtepartnerschaften zum Zwecke kommunaler, kultureller, wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Eine besondere Bedeutung kommt dem Jugendaustausch zu. Deutlich auszuweiten sind grenzüberschreitende Bildungs- und Ausbildungsangebote.

Voraussetzung für die Verwirklichung dieser Aufgaben ist, dass der Ostseeraum auch zukünftig eine friedliche Region bleibt. Unser Ziel ist eine atomwaffenfreie Ostsee. Wir Sozialistinnen und Sozialisten leisten dazu unseren Beitrag.

Liebe Wählerinnen und Wähler!

Die Linkspartei.PDS ist in Mecklenburg-Vorpommern die Partei, die für Gerechtigkeit steht. Wir haben für Arbeitsplätze und gegen Hartz IV, für Chancengleichheit in der Bildung, für Frieden und Toleranz, für den Erhalt unserer Natur gekämpft. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen haben wir mit Ihrer Unterstützung einiges erreicht. Am Ziel sind wir noch nicht. Wir wollen das in unserem Land Mögliche unternehmen, auch durch aktive außerparlamentarische und parlamentarische Einflussnahme auf die Bundespolitik.

Wir wollen eine solidarische Gesellschaft, in der jeder Mensch seinen Platz findet, ein Existenz sicherndes Einkommen hat und das Leben selbst gestalten kann. Wir wollen eine Gesellschaft, in der junge Menschen wieder Kinder bekommen möchten.

**Damit wir auf diesem Weg vorankommen, brauchen wir Ihre Stimme und Ihre Unterstützung. Sie können auf uns zählen und wir zählen auf Sie!
Geben Sie deshalb Ihre Erst- und Zweitstimme der Linkspartei.PDS!**